



Wien, am Donnerstag, 23. März 2017

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2017 – 2018

## Robuster Aufschwung in Österreich

Sperrfrist: Freitag, 24. März 2017, 10:30 Uhr

**Der Konjunkturaufschwung in Österreich hat sich gefestigt. Die österreichische Wirtschaft dürfte in den Jahren 2017 und 2018 um 1.7 % bzw. 1.5 % wachsen. Impulse gehen von der weiterhin robusten Binnennachfrage und den leicht anziehenden Exporten aus. Die Inflation dürfte auf knapp 2 % steigen, die Lage am Arbeitsmarkt sollte sich stabilisieren. Aufgrund der politischen Risiken (z.B. Ausgestaltung und Folgen des Brexit, Gefahr des Protektionismus, Wahlen in großen EU-Mitgliedstaaten) bleibt die Unsicherheit aber hoch.**

Im Vorjahr ist die österreichische Wirtschaft mit einer Wachstumsrate von 1.5 % auf einen soliden Wachstumskurs eingeschwenkt. Getragen wurde die Entwicklung vor allem von der Binnennachfrage. Unterstützt von der Steuerreform und der niedrigen Inflation legte der private Konsum nach einer lang andauernden Stagnation um 1.5 % zu. Getrieben von den Fahrzeuginvestitionen verzeichneten die Anlageinvestitionen ein Wachstum von knapp 3 %. Die Außenwirtschaft lieferte hingegen einen negativen Wachstumsbeitrag, da die Exporte im Einklang mit dem schwachen Welthandel nur um 1.7 % wuchsen, während das Importwachstum aufgrund der dynamischen Binnennachfrage 2.8 % betrug. In unterjähriger Betrachtung legte die Wirtschaft, gemessen an der Trend-Konjunktur-Komponente, in der zweiten Jahreshälfte merklich zu. Im dritten und vierten Quartal belief sich das Wachstum gegenüber dem Vorquartal jeweils auf 0.5 %. Die vorliegenden Frühindikatoren deuten einheitlich auf eine Fortsetzung des robusten Aufschwungs hin. Vor diesem Hintergrund hebt das Institut seine Wachstumsprognose für das Jahr 2017 auf 1.7 % an. Für das Jahr 2018 wird weiterhin ein Wachstum von 1.5 % erwartet. Damit wächst die Wirtschaft in Österreich gleich schnell wie jene im Euroraum. Das Institut geht davon aus, dass die Konsumschwäche überwunden ist und die Exportwirtschaft von der guten Konjunktur in vielen Teilen der Welt profitiert.

Im Vorjahr belebte sich die Weltwirtschaft nach einem schwachen Start. So hat die US-Wirtschaft im dritten und vierten Quartal um 0.9 % bzw. 0.5 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Im Euroraum betrug das Wachstum jeweils 0.4 %. Trotz der Brexit-Entscheidung blieb im Vereinigten Königreich das Wachstumstempo hoch (0.7 % im vierten Quartal). Der Anstieg der Rohstoffpreise trug zur wirtschaftlichen Stabilisierung in den Schwellenländern bei. Die vorliegenden Indikatoren deuten auf eine weitere Beschleunigung der Weltkonjunktur mit Jahresbeginn. Von der Geld- und Fiskalpolitik sollten weiterhin belebende Impulse ausgehen, lediglich in den USA wird die Geldpolitik gestrafft. Allerdings bestehen nach wie vor große politische Unsicherheiten, etwa über die Ausrichtung der Fiskalpolitik in den USA oder die längerfristigen wirtschaftlichen Folgen des Brexit.

Insgesamt gesehen sollte sich die Weltkonjunktur weiter aufhellen, ein kräftiger globaler Aufschwung zeichnet sich jedoch nicht ab. Das Institut erwartet somit das folgende internationale Konjunkturbild. Die US-Wirtschaft dürfte, auch aufgrund der expansiven Fiskalpolitik, in den Jahren 2017 und 2018 um 2.5 % bzw. 2.7 % zulegen. Im Euroraum sollte sich die konjunkturelle Erholung mit Wachstumsraten von jeweils 1.6 % fortsetzen. Die Konjunktur in den Schwellenländern (Russland, Südamerika) dürfte sich weiter aufhellen, in China ist mit einer moderaten Abschwächung des Wachstumstempos auf 6.4 % bzw. 6.0 % zu rechnen. Die Weltwirtschaft sollte somit um 3.3 % bzw. 3.5 % expandieren, nach 2.9 % im Vorjahr.

Nach einer längeren Stagnationsphase hat der reale private Konsum in Österreich im Vorjahr um 1.5 % zugelegt. Dabei stützten die Steuerreform sowie die niedrige Inflation die Realeinkommen und die Sparquote stieg kräftig. Das Institut geht von einer Fortsetzung der positiven Konsumdynamik im Prognosezeitraum aus. Zwar fallen belebende Impulse weg, aber die Erhöhung der Negativsteuer im Rahmen der Steuerreform wird erst heuer wirksam. In der Vergangenheit hat sich auch gezeigt, dass die Sparquote nach dem Anstieg im Jahr des Inkrafttretens einer Steuerreform wieder zurückgeht. Somit dürfte der reale private Konsum heuer um 1.2 % steigen. Im Jahr 2018 sollte der Konsum wieder im Einklang mit der Einkommensentwicklung zulegen (0.9 %).

Im Vorjahr belebte sich die Investitionstätigkeit merklich. Die Ausrüstungsinvestitionen haben um knapp 4 ½ % zugelegt, wobei insbesondere die Fahrzeugnachfrage kräftig stieg. Nach drei Jahren verzeichneten die Bauinvestitionen erstmals wieder ein Wachstum (1.3 %). Die verbesserten Konjunkturaussichten, weiterhin günstige Finanzierungskonditionen, steuerliche Maßnahmen sowie die Bevölkerungsdynamik sollten die Investitionsnachfrage im Prognosezeitraum stützen. Für die Ausrüstungsinvestitionen werden Wachstumsraten von 4.0 % bzw. 3.0 % erwartet. Bei den Bauten sollte sich die positive Dynamik fortsetzen, worauf auch die Entwicklung der Baugenehmigungen hinweist. Das Institut erwartet Zuwachsraten von 1.6 % bzw. 1.3 %. Für die Bruttoanlageinvestitionen ergeben sich somit Zuwächse von 2.9 % bzw. 2.2 %.

Im Einklang mit der schwachen Entwicklung des Welthandels legten auch die österreichischen Exporte im Vorjahr kaum zu. Getrieben von der kräftigen Binnennachfrage zogen die Importe deutlich stärker an, sodass von der Außenwirtschaft ein negativer Wachstumsbeitrag ausging. Mit der Aufhellung der Weltkonjunktur und dem anziehenden Welthandel sollte sich die Exporttätigkeit im Prognosezeitraum wieder etwas beleben. Unterstützend sollte auch der schwächere Euro wirken. Vor diesem Hintergrund wird für die österreichischen Güterexporte in beiden Prognosejahren ein Wachstum von 3.8 % erwartet. Bei den Gesamtexporten laut VGR dürfte das Wachstum 3.5 % bzw. 3.4 % betragen. Die Gesamtimporte sollten um 3.4 % bzw. 3.1 % zulegen. Damit leisten die Nettoexporte im kommenden Jahr wieder einen kleinen positiven Wachstumsbeitrag.

Aufgrund des starken Anstiegs des Ölpreises im Jahresabstand ist die Inflationsrate im Februar dieses Jahres auf 2.2 % geklettert. Die Kerninflationsrate (ohne Nahrungsmittel und Energie) ist hingegen nur leicht auf 1.6 % gestiegen. Nach Ansicht des Instituts geht weder von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen noch von der heimischen Lohnstückkostenentwicklung ein starker Preisdruck aus. Folglich wird für den Jahresdurchschnitt 2017 mit einer Inflationsrate von 1.9 % gerechnet. Im Einklang mit den aktuellen Entwicklungen impliziert diese Prognose eine

merkliche Verringerung des Inflationsdifferenzials zum Euroraum. Im Jahr 2018 dürfe die Inflationsrate ebenfalls 1.9 % betragen.

Die Konjunkturaufhellung und die im Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen sollten zu einer Stabilisierung der Arbeitsmarktlage führen. Im Prognosezeitraum bleibt die Beschäftigungsexpansion mit 1.4 % bzw. 1.2 % äußerst kräftig. Diese Beschäftigungsdynamik sollte ausreichen, um den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials aufzunehmen. Es ist aber zu beachten, dass der starke Zustrom von Arbeitskräften, insbesondere aus den ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, diese starke Beschäftigungsausweitung erst ermöglicht. Nunmehr erwartet das Institut für die Jahre 2017 und 2018 eine Arbeitslosenquote nach nationaler Definition von 9.1 % bzw. 9.2 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition sollte 5.9 % bzw. 6.0 % betragen. Aufbauend auf die bisherigen Erfahrungen wurde in dieser Prognose die erwartete Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit von Asylberechtigten zurückgenommen. Trifft diese Annahme nicht zu, wird die Arbeitslosigkeit wohl merklich steigen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum insbesondere von den Folgen der Steuerreform geprägt. Laut den vorliegenden Informationen dürfte die Defizitquote im Vorjahr auf 1.4 % gestiegen sein, wofür primär die zumindest kurzfristig nicht vollständig gegenfinanzierte Steuerreform verantwortlich war. Für den Prognosezeitraum geht das Institut von einem gesamtstaatlichen Budgetdefizit von 1.4 % bzw. 1.1 % des BIP aus. Das Institut begrüßt ausdrücklich das Arbeitsprogramm der Bundesregierung, das auf eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich abzielt. Insbesondere Senkungen der Lohnnebenkosten, höhere Arbeitszeitflexibilität und Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind positiv zu beurteilen. Notwendig sind auch die verstärkten Bemühungen zur Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge. Es sind jedoch möglichst bald weitere Anstrengungen erforderlich, um die Nachhaltigkeit der Budgetsanierung zu sichern und den erforderlichen zukunftsorientierten öffentlichen Ausgaben (insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung) stärkere Priorität zukommen zu lassen. Weitere Reformen sind unumgänglich, um vorhandene Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich zu heben.

Weiterhin bestehen vielfältige Risiken für die Weltkonjunktur. Beispielsweise herrscht eine hohe Unsicherheit über die Stabilitätsorientierung der amerikanischen Fiskalpolitik. Eine defizitfinanzierte expansive Fiskalpolitik könnte zwar der US-Wirtschaft kurzfristige Impulse liefern, längerfristig aber Probleme an den internationalen Finanzmärkten auslösen. Der Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte zu Anspannungen auf den Finanzmärkten führen, insbesondere in den Schwellenländern. Kritisch ist auch die steigende Verschuldung in einigen Schwellenländern zu sehen. Die anstehenden Wahlen in Europa halten die politische Unsicherheit hoch. Starke und anhaltende Turbulenzen an den Finanzmärkten, etwa ausgelöst durch Kreditausfälle und die damit verbundenen Probleme im Bankensektor, sowie protektionistische Tendenzen im internationalen Handel würden die Konjunktur in Europa spürbar dämpfen. Mittelfristig liegt das größte Risiko für die europäische Konjunktur wohl in den wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Eine ausgeprägte und langandauernde Rezession im Vereinigten Königreich hätte merkliche negative Auswirkungen auf die Haupthandelspartner. Es gibt aber auch Aufwärtsrisiken. So könnte etwa eine stärkere Expansion der US-Wirtschaft die globale Nachfrage erhöhen. Neben den internationalen bestehen auch heimische Risiken. Durch den

Wegfall des positiven Impulses der Steuerreform und die höhere Inflation könnte etwa die Konsumnachfrage wieder stagnieren. Andererseits könnten eine weitere Aufhellung der internationalen Konjunktur sowie die staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreichs die Stimmung von Konsumenten und Unternehmern heben und einen zusätzlichen Wachstumsschub auslösen.

**Rückfragehinweis:**

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, 1080 Wien

Fax: 01/59991-162 — <http://www.ihs.ac.at> — ZVR-Zahl: 06620797

Prof. Dr. Martin Kocher, [direktion@ihs.ac.at](mailto:direktion@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-125

Dr. Helmut Hofer, [helmut.hofer@ihs.ac.at](mailto:helmut.hofer@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-251

Dr. Klaus Weyerstraß, [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-233

Paul Glück (Public Relations), [paul.glueck@ihs.ac.at](mailto:paul.glueck@ihs.ac.at), Tel.: +43 660 150 5001

---

## Wichtige Prognoseergebnisse

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt, real	1.5	1.7	1.5
Privater Konsum, real	1.5	1.2	0.9
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	2.6	3.3	2.5
Bruttoanlageinvestitionen, real	2.9	2.9	2.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	4.4	4.0	3.0
Bauinvestitionen, real	1.3	1.6	1.3
Inlandsnachfrage, real	2.0	1.6	1.2
Exporte i.w.S., real	1.7	3.5	3.4
Waren, real (laut VGR)	1.5	3.8	3.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.1	1.0	0.8
Importe i.w.S., real	2.8	3.4	3.1
Waren, real (laut VGR)	3.2	3.5	3.1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.3	1.0	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.6	1.4	1.2
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>*)</sup>	9.1	9.1	9.2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>*)</sup>	6.0	5.9	6.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.3	1.4	1.8
Preisindex des BIP	1.3	1.4	1.6
Verbraucherpreisindex	0.9	1.9	1.9
3-Monats-Euribor <sup>*)</sup>	-0.3	-0.3	-0.1
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen <sup>*)</sup>	0.4	0.9	1.1

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

<sup>\*)</sup> absolute Werte

## Internationale Rahmenbedingungen

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2014	2015	2016	2017	2018
Welthandel	2.7	2.0	1.2	3.3	3.5
BIP, real					
Deutschland	1.6	1.7	1.9	1.3	1.8
Italien	0.1	0.8	0.9	0.9	1.0
Frankreich	0.6	1.3	1.2	1.3	1.4
Vereinigtes Königreich	3.1	2.2	1.8	1.7	1.2
Schweiz	2.0	0.8	1.3	1.8	1.8
USA	2.4	2.6	1.6	2.5	2.7
Japan	0.3	1.2	1.0	1.2	0.9
China	7.3	6.9	6.7	6.4	6.0
Polen	3.3	3.9	2.8	3.0	3.2
Slowakei	2.6	3.8	3.3	3.2	3.5
Tschechien	2.7	4.5	2.4	2.7	2.7
Ungarn	4.0	3.1	2.0	3.0	2.9
Slowenien	3.1	2.3	2.5	2.7	2.7
MOEL-5*)	3.1	3.7	2.6	2.9	3.1
Bulgarien	1.3	3.6	3.4	3.0	3.0
Rumänien	3.1	3.9	4.8	4.0	3.5
Kroatien	-0.5	1.6	2.9	2.8	2.8
Russland	0.7	-2.8	-0.2	1.1	1.5
Euroraum	1.2	2.0	1.7	1.6	1.6
NMS-6*)	2.8	3.5	2.9	3.1	3.1
EU-28	1.6	2.2	1.9	1.7	1.6
OECD	1.9	2.1	1.7	2.2	2.2
Welt	3.4	3.2	2.9	3.3	3.5
Österreichische Exportmärkte	3.5	3.5	2.8	3.5	3.8
USD/EUR Wechselkurs**)	1.33	1.11	1.11	1.05	1.05
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**)	99.3	53.0	45.0	57.0	60.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

\*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

\*\*\*) absolute Werte